

ERM

INITIATIVEN FÜR
ZIVILGESELLSCHAFT
UND DEMOKRATISCHE
KULTUR
No. 2

UT

GEN.



Die jüngste Kampagne der Amadeu Antonio Stiftung heißt: Kein Ort für Neonazis. Auf dem Logo sieht man das typische Ortsschild – gelb mit schwarzer Schrift. Ein dicker, quer laufender, roter Balken markiert das Ende. Hier nicht! Erfunden wurde diese Aktion speziell für Thüringen, um dort vor den Wahlen noch Initiativen und Projekte fördern zu können, die das Problem des

Rechtsextremismus klar beim Namen nennen und etwas dagegen tun wollen. Dafür hat die Stiftung einen Förderfonds bereitgestellt und bereits viele Projekte finanziert. Nun sind aber nicht nur Wahlen in Thüringen, das wir gerade deshalb hervorheben, weil es dort viele Nazis aber kein Regierungengagement dagegen gibt. Dieses Jahr ist voller Wahlen und in solchen Zeiten gibt es zu Recht eine starke Nachfrage nach klaren Aussagen. Ein Aufkleber an der Laterne, an der Tür, im Büro – »Kein Ort für Neonazis« ist so ein deutliches Statement. Es sagt: nicht hier, nicht in meiner Gegenwart, nicht bei diesem Thema, nirgends. Es ruft Reaktionen von Einverständnis und Abwehr hervor, es regt zu Gesprächen an und zum Überlegen wie es weiter geht.

Es gibt noch mehr als die NPD

Kampagnen sind wichtig, weil sie die Aufmerksamkeit auf etwas richten, das sonst womöglich übersehen würde. Nun wissen wir ja, dass es Neonazis gibt und auch, dass sie nicht so leicht erkennbar sind. Wir wissen, wovon wir uns abgrenzen und wie gefährlich die NPD in ihrer Demagogie der Volksgemeinschaft wirkt. Was vielleicht nicht so klar ist, sind die Gestalten, die der Rechtsextremismus annehmen kann. Man findet ihn längst nicht mehr nur bei DVU oder NPD. Gerade kleinere Wählergemeinschaften oder Zusammenschlüsse wie die Pro-Bewegung, die es nicht nur in Köln gibt, sondern auch in vielen anderen Städten, atmen den Geist von Hass und Ausgrenzung auf ähnliche Weise wie die uns bekannten Gruppierungen. Auch sie sind gemeint, wenn wir sagen: »Kein Ort für Neonazis«.

Keine Kurzsichtigkeit

Wahlen mögen Höhepunkte des öffentlichen Interesses sein, doch es gibt auch eine Zeit davor und eine Zeit danach. Und ob vor, während oder nach Wahlkämpfen geht es ganz unabhängig von deren Ergebnissen doch darum, Menschen zu schützen, die diskriminiert, abgewertet oder gar angegriffen werden, weil sie aufgrund von Aussehen oder Lebensweise, nicht dem volksgemeinschaftlichen Bild entsprechen. Kampagnen sind sinnvoll – sie helfen ohne reale Folgen im Handeln allerdings nicht sehr weit. Dafür brauchen wir Projekte in jedem Ort, in unterschiedlichen Formen und zu verschiedenen Themen. Und wir brauchen sie nicht nur punktuell, sondern auf lange Sicht und an den richtigen Stellen.

Empathiefähigkeit und politischer Verstand

Doch auch das kann nur ein Schritt sein, denn was nützen alle Projekte wenn es nicht gelingt, im wirklichen Leben Menschen zu beschützen? Anfang Juli wurde Marwa E. in einem Dresdner Gerichtsgebäude in aller Öffentlichkeit ermordet. Dass dies geschehen konnte, ist ein Skandal, eine furchtbare Bankrotterklärung des Staates. Wie die Stadt reagiert hat und der größte Teil der Bevölkerung deutet auf die schreckliche Kälte, einen Mangel an Empathie und an politischem Verstand hin. Die Antwort darauf ist nicht in einer Kampagne zu finden und schon gar nicht, wenn die sich vor allem auf Neonazis konzentriert. Hier muss politisch gehandelt werden und ebenso moralisch; hier ist die ganze Gesellschaft in der Pflicht.

Es bleibt viel zu tun

Die Amadeu Antonio Stiftung stellt in dieser Zeitung einige Beispiele guter Arbeit gegen Rechtsextremismus und die ihn ermöglichende Gleichgültigkeit vor. Aufmerksam machen, langfristige Arbeit an Schulen und Kommunen anregen und ausgewählte Initiativen fördern und unterstützen, das ist die Aufgabe der Amadeu Antonio Stiftung. Auf die Politik zu warten hat wenig Sinn, besser ist es, auch Politik, Verwaltungen und die Wirtschaft zum Handeln zu drängen. Es gibt niemand anderen, außer uns, die das machen können. Wenn wir es ernst meinen mit dem Slogan »Kein Ort für Neonazis«, bleibt noch viel zu tun. Für jeden von uns.

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

IN DIESER AUSGABE



Kein Ort für Neonazis **3**



Feindbild Juden **4**



Ausstiegsprogramm für Mütter **8**



Die NPD im Superwahljahr **10**

DAS INTERVIEW

Kinderrechte in der Kommune

Antirassismus heißt ein Leben lang Lernen

Noah Sow ist Schriftstellerin, Sängerin, Medienkritikerin und Vorsitzende der ersten antirassistischen deutschen Media-Watch-Organisation »der braune mob e.V.«. 2008 erschien ihr Buch »Deutschland Schwarz Weiß«, mit dem sie den Finger in die Wunde des unbewussten und alltäglichen Rassismus legt. Am 18. September 2009 erscheint das neue Album »OUT NOW!« ihrer Band NOISEAUX. Im Interview mit ERMUTIGEN spricht sie über ihre Erfahrungen mit Rassismus.



Häufig werden Juden zu Antisemitismus- und Schwarze zu Rassismusexperten. Hätte Dein aufweckendes Buch auch ein Weißer schreiben können?

Noah Sow: Ich denke es ist etwas anderes, ob man theoretisch versucht zu verstehen, wenn man Lust dazu hat, oder ob etwas analysiert wird, womit Schwarze zwangsweise täglich konfrontiert sind. Die Perspektiven sind unterschiedliche. Gehöre ich zu

der Gruppe, die es nicht nötig hat, bestimmte Dinge zu bemerken, um überleben zu können, kann es gut passieren, dass mir einiges entgeht. Bücher von Weißen über Rassismus sind auch ein wertvoller Beitrag, sofern sie sich auf die Rolle weißer Menschen bei dieser Dynamik beziehen. Wenn die Mehrheitsgesellschaft sich mit ihren eigenen Handlungen, Ansichten und Traditionen auseinandersetzt, ist das wichtig und spannend. Im Wissenschaftszweig »kritische Weißseinsforschung« passiert das zum Beispiel.

Mit Deinem Buch entlarvst Du viele rassistische Einstellungen auch bei Menschen, die sich selbst als antirassistisch verstehen. Welche Reaktionen hast Du darauf erlebt?

Noah Sow: Meistens sehr gute. Menschen, die antirassistisch sind, sind ja froh darüber, wenn sie sich auf dem Gebiet fortbilden können. Wenn sie dann zum Beispiel durch mein Buch darauf aufmerksam werden, dass sie trotz ihrer Einstellung noch manche rassistische Überzeugungen oder Gewohnheiten haben, können sie diesen auf den Grund gehen und loswerden. Schwierig wird es nur, wenn einem das Aufrechterhalten eines bestimmten Selbstbildes wichtiger ist als antirassistische Aufklärung. Da wird es dann schon mal irrational.

Inwiefern beeinflusst Rassismus Deine Arbeit als Künstlerin?

Noah Sow: Mit der Musikindustrie habe ich die Erfahrung gemacht, dass es öfter darum ging, »was« ich darstellen sollte, als darum wer ich eigentlich bin. Chauvinismus, Stereotypisierungen, wir können sehen, was Plattenfirmen gefällt, sobald wir mal drei Musikvideos schauen. Als Schwarze Frau bist du doppelt davon betroffen, dass du in bestimmte Schubladen zu passen hast. Durchaus auch hinter den Kulissen. Wenn du diese Schubladen auslachst oder ablehnst, stehen die Chancen gut, dass du Angst, Aggression, Mauern oder einfach nur Arbeitsverweigerung auslöst. Unter anderem deswegen bin ich meine eigene Labelchefin.

Erfahren Sie mehr über Noah Sow auf www.noahsow.de



Kinder, die mitbestimmen, sind weniger anfällig für demokratiefeindliche Einstellungen. Kinder sollen schon im Grundschulalter demokratische Grundwerte lernen. Wie das funktioniert, zeigt das Projekt »Kinderrechte in der Kommune« der Amadeu Antonio Stiftung.

Zusammen mit der Bürgerstiftung Barnim Uckermark und der RAA Ostsachsen sollen Kinder die Erfahrung machen, dass sie selbst etwas bewegen können. Denn das macht sie stark und weniger anfällig für demokratiefeindliche und abwertende Ideologien.

Kinderelan wirkt auf die Politik

Im sächsischen Bernsdorf ist das Projekt in einem Jugendtreff angesiedelt. Hier benannten die Kinder das Problem, dass sie bei jedem Wetter an einer Haltestelle ohne Häuschen auf den Schulbus warten mussten. Das Thema wurde durch die Kinder in die Gemeinderatsitzung eingebracht und schnell fand sich eine Lösung: Ein Häuschen einer stillgelegten Bushaltestelle war an anderer Stelle in der Gemeinde vorhanden. Der örtliche Bauunternehmer stellte einen Tieflader zur Verfügung, um das Häuschen umzusetzen und die Kinder waren begeistert, dass ihre Stimme wirklich zählt. Ein weiteres Vorhaben läuft noch: In einem Wohnviertel verrottet ein ehemaliger Spielplatz als illegale Müllabladefläche. Dorthin luden die Kinder ihre Eltern, den Gemeinderat und den örtlichen Jugendsenat ein und räumten die Brache gemeinsam auf. Vielleicht wird es auch möglich sein, den Spielplatz neu zu gestalten. So viel Elan wirkt auch auf die Politik. Am 20. November 2008, dem Tag der Kinderrechte, bekannte sich der Stadtrat zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention und regte die Errichtung eines Kinderbüros an.

Kinderrechtskekse backen

In Brandenburg ist das Projekt an mehreren Grundschulen in Eberswalde aktiv, darunter eine Förderschule für Kinder mit Lernbehinderungen. Hier hatten die Kinder nicht nur konkrete Verbesserungen im Lebensumfeld im Sinn. In Umfragen sind die Kinder darauf

gestoßen, dass kaum jemand etwas über Kinderrechte weiß, weder ihre Altersgenossen noch Erwachsene. Um für die Kinderrechte eine Lobby zu schaffen, wurden vielfältige Ideen realisiert, darunter ein Kinderrechtesong und Kinderrechtskekse. Den Song schrieben die Kindern selbst, in einem professionellen Tonstudio aufgenommen, klärt er nun in der Region um Eberswalde über die Rechte von Kindern auf. Die Kinderrechtskekse funktionieren wie chinesische Glückskekse. Unter dem Gebäck finden sich jedoch keine Sinnsprüche, sondern die Artikel der Kinderrechtskonvention. Überzeugen Sie sich selbst von unserer Kinderrechtsarbeit auf der Website der Amadeu Antonio Stiftung und unterstützen Sie uns mit Ihrer Spende – denn ohne diese wäre unser Engagement nicht möglich! Besondere Unterstützung erhielt das Projekt durch eine große Geburtstagsspende eines Mitglieds des Kreises der Freunde und Förderer der Amadeu Antonio Stiftung. Viele der Geburtstagsgäste spendeten für das Kinderrechteprojekt. Gefördert wird das Projekt zudem durch die Lindienstiftung, das Bundesprogramm »Vielfalt tut gut« des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und durch das Landesprogramm »Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz«.

Simone Rafael und André Koch



AUF IHRE SPENDE KOMMT ES AN!

Seit über zehn Jahren ist die Amadeu Antonio Stiftung aktiv gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Dabei unterstützen wir mit Ihren Spenden demokratische Initiativen und fördern zivilgesellschaftliches Engagement. Viele große und kleine Erfolge haben wir erreicht. Damit wir auch weiterhin wichtige Projekte fördern können, brauchen wir Ihre Unterstützung. Schon mit einer kleinen Spende lässt sich vieles erreichen! Mit 100 Euro können wir beispielsweise ein Aufklärungsflugblatt über rechtsextreme Aktivitäten einer Jugendinitiative fördern, mit 250 Euro eine Informationsveranstaltung zu einem rechtsextremen Aufmarsch und mit 1.000 Euro eine kleine Kampagne gegen den Kauf einer Immobilie durch Neonazis.

Konto der Amadeu Antonio Stiftung: Deutsche Bank Bensheim, BLZ 50970004, Konto 030331300

Die Go-Area-Kampagne

In Thüringen hat sich über Jahre hinweg ungestört eine rechtsextreme Szene aufbauen können, die die Zusammenarbeit mit der NPD ausgebaut und sich ohne große Widerstände in der Bevölkerung verankert hat. Was dagegen getan werden kann, zeigt die Kampagne »Kein Ort für Neonazis in Thüringen« der Amadeu Antonio Stiftung.

Es ist peinlich für die Landesregierung in Thüringen. Während seit Jahren ein stetiger Aufbau der Neonazistrukturen zu beobachten ist, in den Sommermonaten ein rechtsextremes Event das nächste jagt und die NPD vor dem Sprung in den Landtag steht, gibt es kein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus. Selbst die rassistische Kampagne der NPD gegen den CDU-Kandidaten Zeca Schall hat hier nicht zur Sensibilisierung der Landesregierung beigetragen. Dabei wäre Einsicht soviel klüger als Nachsicht. Am 30. August wählt Thüringen einen neuen Landtag. Aber wie verhindert man da am besten den Einzug der NPD ins Parlament? Durch das Empowerment von lokalen Akteuren. Mit der Kampagne »Kein Ort für Neonazis in Thüringen« hat die Amadeu Antonio Stiftung einen »Aufruf zum Hinsehen« gestartet.

Immer und in Zeiten der Landtagswahl!

Demokratisch eingestellte Jugendliche und junge Wählerinnen und Wähler in ganz Thüringen sind mit der Kampagne dazu aufgerufen, vor Ort etwas zu bewegen. Finanzielle und fachliche Unterstützung ist im Aufruf inklusive. Nach dem Einzug der NPD in die Landtage von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern muss die neonazistische Partei in Thüringen mit ungewohntem Gegenwind rechnen. Mit einer kleinteiligen Förderung von maximal 250 Euro können Schülerprojekte, Vereine oder Freundeskreise die Unterstützung erhalten, die aus einer Idee eine Aktion werden lässt. Unkompliziert und schnell werden sie gefördert. Fachliche Unterstützung wird ihnen durch das Team der Amadeu Antonio Stiftung und das Wissen der lokalen Kooperationspartner garantiert.

Die Vielfalt in den Förderanträgen ist groß. So fand beispielsweise eine Schulung über rechtsextreme Symbole und Parolen an der Karl-Volkmar-Stoy-Berufsschule in Jena statt und das Schulzentrum Jena-Göschwitz veranstaltete gleich drei Projektstage zu dem Thema. In Erfurter Schulen konnte dank der Förderung das »Netzwerk Antifaschistischer SchülerInnen Erfurt« erstmals aktiv werden und mit einem Flyer über Rechtsextremismus informieren. Die Evangelische Jugend Erfurt konnte bei »Rock gegen Rechts« feiern und gleichzeitig für die lokale Neonaziszene sensibilisieren.

Als am 11. Juli 2009 über 4.000 Neonazis in Gera ein NPD-Fest feierten, organisierte die Jugendinitiative Kabelbruch eine überregionale Gegendemonstration. Alles mit Unterstützung der Kampagne »Kein Ort für Neonazis in Thüringen«.

Gefördert wird die Kampagne von der *Stiftung Umverteilen!* und der Amadeu Antonio Stiftung. Doch auch ohne die lokalen Partner wäre es nicht möglich. Vielen Dank an »Deine Stimme gegen Nazis!«, Aktionsbündnis Courage, AufAndHalt, EJBW Weimar, Gedenkstätte Buchenwald und Mittelbau-Dora, Mobile Beratung in Thüringen für Demokratie – gegen Rechtsextremismus und den Thüringer Hilfsdienst für Opfer rechtsextremer Gewalt.

Sebastian Brux

Erfahren Sie mehr über die Kampagne auf:
www.kein-ort-fuer-neonazis.de



An der Karl-Volkmar-Stoy-Berufsschule in Jena fand eine Schulung über rechtsextreme Symbole und Parolen statt.



Über 4.000 Neonazis feierten in Gera ein NPD-Fest, wogegen die Jugendinitiative Kabelbruch eine Demonstration organisierte. Foto: infothek-dessau.de



In Erfurt fand im April die Pressekonferenz zum Auftakt der Kampagne »Kein Ort für Neonazis in Thüringen« statt.

Allein auf weiter Flur

Der Freistaat Thüringen fördert keine Projekte gegen Rechtsextremismus – die Amadeu Antonio Stiftung springt ein.

»Binnen kürzester Zeit stellten viele Projekte bei uns Anträge«, sagt Timo Reinfrank von der Amadeu Antonio Stiftung. Seit April diesen Jahres läuft nun die Kampagne »Kein Ort für Neonazis in Thüringen«. Da Thüringen als einziges ostdeutsches Bundesland kein eigenes Programm gegen Rechtsextremismus hat, fehlte es an grundsätzlicher Unterstützung für Initiativen, die sich vor Ort engagieren. Gegen welche Widerstände Engagierte zu kämpfen haben, zeigen beispielhaft die Bemühungen des von der Amadeu Antonio Stiftung unterstützten Infoladen Arnstadt. Dieser informiert über den »8. Thüringentag der nationalen Jugend« und positioniert sich klar gegen ihn.

Arnstadt ist ein beschauliches Städtchen mit einem schönen Schlossplatz im Zentrum. Doch der Schein trügt. Am 13. Juli fand hier der »8. Thüringentag« statt, zu dem 250 Neonazis aus der Region und der Bundesrepublik anreisten. Diese Veranstaltung ist mittlerweile zu einem regelmäßigen Treffpunkt der Neonaziszene geworden. Anstelle der NPD tritt mittlerweile Patrick Wiedorn aus dem Umfeld der verbotenen Organisation »Blood & Honour« als Anmelder auf. Damit nicht genug: der Bürgermeister Hans-Christian Köllmer vom Wählerbündnis ProArnstadt sieht in der Neonaziveranstaltung kein Problem. Nicht nur, dass er schon früher als Kumpan des verstorbenen Rechtspopulisten Jörg Haider aufgetreten ist, er zeigt auch irritierende Nähe zu bekannten Geschichtsrevisoren der Region, beispielsweise Siegfried Kampl. Die Fraktionsmitglieder von ProArnstadt rühmen sich auf ihrer Webseite ihrer Heimatverbundenheit, ihrer Liebe zu Land, Nation und preußischen Tugenden. Bei der Kommunalwahl im Juni 2009 erreichte das Wählerbündnis 30,6% und überholte damit alle anderen Parteien.

Vor diesem Hintergrund haben es Proteste gegen Neonazis schwer. »Wir demonstrieren gegen Nazistrukturen, deren Ursachen und Verquickungen mit den Institutionen der Stadt Arnstadt«, sagte dazu Anna Lin vom Infoladen Arnstadt. 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer schlossen sich ihrer Demonstration und Kundgebung am 13. Juli an. Die AG »Demokratie braucht Zivilcourage« war ebenfalls mit einer Kundgebung präsent. Die Amadeu Antonio Stiftung wird weiterhin gerade jene Initiativen unterstützen, die sich allein auf weiter Flur gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus engagieren.

Nora Winter

Spendenbilanz 2008 – Verpflichtung zur Transparenz

Initiativen und Projekte für demokratische Kultur ermutigen, beraten und fördern – dieses Ziel kann die Amadeu Antonio Stiftung, dank unserer Spenderinnen und Spender, verfolgen. Da uns Ihr Vertrauen wichtig ist und wir uns einem seriösen, transparenten und vertrauenswürdigen Umgang mit Spenden verpflichtet fühlen, möchten wir Ihnen hier einen Überblick über die Spendenentwicklung und den verantwortungsvollen Umgang in ihrer Verwendung geben.

Im zehnten Jubiläumjahr der Amadeu Antonio Stiftung haben etwas über tausend Einzelspenderinnen und Spender der Stiftung 317.786,36 Euro zur Förderung von Projekten und Initiativen zur Verfügung gestellt. Wir bedanken uns für dieses Vertrauen und versichern auch in Zukunft eine seriöse und direkte Spendenverwendung. Das bescheinigt uns auch die unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Breiler & Schnabl, die jährlich unsere Bücher prüft. Wie in den Vorjahren hat diese Prüfung zu keinen Einwendungen geführt und es konnte die satzungsgemäße Verwendung der Stiftungsmittel bestätigt werden.

Der Fokus unserer Arbeit liegt auf der Projektförderung lokaler Initiativen und Projekte, die sich für eine demokratische Kultur, gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wenden. Mit diesen Mitteln konnten 28 Projekte unterstützt und viele weitere beraten werden. Zusätzlich haben wir mit der *stern*-Aktion »Mut gegen rechte Gewalt« das Neonazi-Aussteigerprojekt EXIT-Deutschland gerettet und zehn weitere besondere



aus dem Blick, die unsere Solidarität besonders nötig haben: die Opfer rechter Gewalt. Mit den Spenden für den Opferfonds CURA wurden im vergangenen Jahr 16 Opfer und Opferberatungsstellen schnell und unkompliziert unterstützt. Dazu gehörte eine Spendenkampagne für drei Imbissbetreiber in Brandenburg und Sachsen-Anhalt, deren mobile Verkaufswägen von jungen Neonazis niedergebrannt wurden und schneller Hilfe bedurften sowie ein Austausch- und Vernetzungstreffen der Opferberater aus vielen Initiativen.

Zu den Spendeneinnahmen der Amadeu Antonio Stiftung kommen Zuschüsse von Dritten. Beispielsweise wird unsere Arbeit seit Bestehen durch die Freudenberg Stiftung unterstützt, welche sich vor allem an den laufenden Geschäftskosten der Stiftung beteiligt. Die

Initiativen gegen Rechtsextremismus gefördert. Zum Jahresende 2008 war EXIT-Deutschland in seiner finanziellen Existenz bedroht. Dank der hohen Solidarität aus der Zivilgesellschaft und den zweckgebundenen Spenden konnte EXIT und damit auch deren kontinuierliche Arbeit gerettet werden, während staatliche Stellen noch diskutierten. In unserem Engagement verlieren wir aber auch jene nicht

Dreilinden Gesellschaft tritt als Förderin des Projekts »Lola für Lulu« auf, welches über mehrere Jahre den Einsatz demokratischer Mädchen und Frauen gegen Rechtsextremismus langfristig fördert. Eine dreijährige Förderung der Ford Foundation läuft in diesem Jahr aus, welche das Projekt »Living Equality - Gleichwertigkeit leben« ermöglichte und sich gegen alle Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit richtete. Zudem erhält die Stiftung gebunden an Modellprojekte anteilige Unterstützung vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, dem Europäischen Sozialfonds (ESF) sowie durch das Programm »Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz«.

Die Amadeu Antonio Stiftung zahlt keine Prämien, Provisionen oder Erfolgsbeteiligungen für die Vermittlung von Spenden. Die Gehaltszahlungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden in Anlehnung an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) gezahlt, Honorare in Anlehnung an die Honorarordnung des Bundes sowie Reisekosten in Anlehnung an das Bundesreisekostengesetz abgerechnet.

Das Stiftungskapital betrug zum Jahresende 341.700 Euro. Dies ist ein kleiner Sockel, für eine langfristig gesicherte Stiftungsarbeit reicht er noch nicht aus. Deshalb wirbt die Stiftung auch künftig für Zustiftungen und selbstverständlich Ihre Spenden. Falls sich bei Ihnen Fragen ergeben, scheuen Sie sich bitte nicht, bei uns direkt nachzufragen.

Sebastian Brux

Feindbild Juden

»Die Juden sind schuld« heißt eine neue Broschüre der Amadeu Antonio Stiftung. Sie beschäftigt sich mit Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft am Beispiel muslimisch sozialisierter Milieus. Die Publikation ergründet, woher Antisemitismus kommen kann und wie er funktioniert. Zudem stellt sie Beispiele, Erfahrungen und Handlungsoptionen aus der pädagogischen und kommunalen Arbeit vor.

Hilfreich zum Verständnis ist dabei das Konzept von der Figur des »Dritten«: Auf der Basis einer vorgegebenen Gemeinschaftsidentität - sei es eine Religion, eine konstruierte »Rasse« oder ein Volk bzw. eine Nation - wird eine »Wir-Gruppe« konstruiert, die der jeweiligen »Fremdgruppe« gegenüber steht. Dabei werden Jüdinnen und Juden nicht als »einfach anderes Volk« gedacht. Ihnen wird unterstellt, eine weltumspannende Macht zu sein, die alle Unterschiede zwischen »Völkern«, »Rassen« und Religionen zersetzen will. Im Gesamtspektrum muslimisch sozialisierter Milieus wird diese »binäre Unterscheidung zwischen uns und den anderen« nur von einem Teil der Menschen auf der Grundlage der Religion konstruiert. Schließlich ist das oft unter der Kollektiv-Bezeichnung »Muslime« gefasste Milieu extrem heterogen.

Antisemitische Gemeinschaftsidentitäten

Doch laut der Studie »Integration und Integrationsbarrieren von Muslimen in Deutschland«, die im Auftrag des Bundesinnenministeriums erstellt wurde, definieren 14 Prozent aller Muslime in Deutschland ihre Gemeinschaftsidentität nicht nur auf Grundlage der Religion, sondern auch politisch-ideologisch. Sie sympathisieren mit islamistischen Gesellschaftsvisionen. Kernpunkt dieser islamistischen Ideologie, die den Islam zur Grundlage einer »perfekten und gerechten Gesellschaftsordnung« und damit zur gesellschaftspolitischen Alternative für das 21. Jahrhundert deklariert, ist die Ablehnung der »politischen Moderne« - der auf Trennung von Staat und Religion basierenden Gesell-



Im Berliner Festsaal-Kreuzberg wurde die Broschüre »Die Juden sind schuld!« mit Cem Özdemir auf einer Podiumsdiskussion der Öffentlichkeit vorgestellt. Foto: netz-gegen-nazis.de

schaftssysteme, wie der Demokratie. Im islamistischen Konzept verfügt der Mensch lediglich über die Autorität, die von Gott offenbarten Vorgaben im Diesseits umzusetzen. Die politische Moderne wird als Bedrohung der Religion (auch des Judentums) betrachtet. Denn sie zersetze den Dualismus zwischen »Wir« und »Ihnen« und damit auch die Identität der eigenen Gruppe. Als Erfinder und Träger dieser Moderne - und hier kommt die Funktion des Antisemitismus zum Tragen - gilt der »gottlose Jude«. Diese Stereotype sind stark durch den europäischen antimodernistischen klerikalen Antijudaismus des 19. Jahrhunderts geprägt und fanden über christliche Gemeinden im Osmanischen Reich Eingang in den islamischen und vor allem in den islamistischen Diskurs. Nach dem Christentum sei nun »der Islam« an der Reihe, »entmachtet zu werden«, und deshalb müsse der Trennung von Staat und Religion im Islam mit aller Entschiedenheit widerstanden werden.

Es gibt unterschiedliche Gemeinschaftsidentitäten mit Hang zum Antisemitismus in muslimisch sozialisierten Milieus, die in ihrer Absolutheit sicher nur auf einen Teil der 3,4 Millionen Muslime in Deutschland zutreffen. Die Mehrheit dieser Menschen dürfte allenfalls Be-

rührungspunkte in die eine oder andere Richtung haben und von bestimmten Diskursen mehr geprägt und beeinflusst sein als von anderen. Lebenswirklichkeiten und Debatten der Mehrheitsgesellschaft samt deren ideologischen Strömungen spielen dabei eine zentrale Rolle.

Lösungsansätze müssen vielschichtig sein

Antisemitismus in muslimisch sozialisierten Milieus ist also ein komplexes Phänomen. Je komplexer das Problem, desto vielschichtiger müssen Lösungsansätze sein. Historisch-politische Bildungsarbeit und pädagogische Interventionen sind gute Möglichkeiten. Doch auch kleine Initiativen können in ihrem lokalen Umfeld viel erreichen. Der Videokurs der Kreuzberger Musikalischen Aktion, unterstützt von der Amadeu Antonio Stiftung, sprach Jugendliche mit Migrationshintergrund an und näherte sich sensibel dem Thema Antisemitismus. »Wir haben damit einen Prozess in Gang gebracht, der aber keineswegs beendet ist«, berichtet Uschi Frank, Video- und Installationskünstlerin, die das Projekt mitinitiierte. Die Broschüre kann in der Stiftung bestellt werden.

Claudia Dantschke, Zentrum für demokratische Kultur

Gegenoffensive zur Schulhof-CD



Im Vorfeld der Landtagswahl in Brandenburg und der Bundestagswahl hat sich die Kreuzberger Musikalische Aktion (KMA) aus Berlin etwas ganz Besonderes einfallen lassen: einen Bandcontest, bei dem jeder mitmachen kann, der sich kritisch mit Rassismus und Rechtsextremismus auseinandersetzt. Aus dem Wettbewerb entstand ein bunter Musiksamler, der bis Ende September 2009 auch live vorgestellt wird.

»Macht eure Augen auf/Nutzt den Verstand als eure Faust«. So heißt es im Songtext »Nichts gelernt«, der sich auf sehr eindringliche Weise mit dem Problem des Rechtsextremismus beschäftigt. Der Song stammt von der Band »Show Off Freaks« und ist auf einem Sampler zu finden, der im Superwahljahr 2009 der Politikmüdigkeit unter Heranwachsenden etwas Kreatives entgegenzusetzen will. Die »Show Off Freaks« aus Karstädt in der Prignitz sind eine von zahlreichen Bands, die am Projekt »Soundwahl« der KMA teilnehmen. Denn 2009

ist ein wichtiges Jahr: am 27. September finden nicht nur die Bundestagswahlen statt, sondern in Brandenburg auch noch Landtagswahlen. Dort ist die KMA am häufigsten mit ihrer mobilen Bühne, dem »Startruck«, unterwegs. Hinter »Soundwahl« steckt die Idee, politisches Interesse bei jungen Menschen zu wecken und entsprechendes Engagement zu fördern – aber nicht mit erhobenem Zeigefinger, sondern mit Musik.

Im Vorfeld der Wahlen will das Projekt rechtsextremen Organisationen mit einer demokratischen Gegenbewegung den Wind aus den Segeln nehmen. Deshalb rief die KMA einen Bandcontest aus, bei dem alle nur erdenklichen Musikrichtungen willkommen waren, von Rock über Hip Hop bis hin zu Reggae. Wichtig war den Initiatoren die Message für mehr Toleranz und gegen Rassismus und Ausgrenzung. Die einzige Bedingung, an die sich die Teilnehmer halten sollten: die Songtexte sollten auf Deutsch verfasst werden, damit die angesprochene Zielgruppe auch versteht, was die Künstlerinnen und Künstler sagen wollen. Im Januar 2009 setzten sich

schließlich vierzehn Gewinner durch, die ihre Songs im KMA-eigenen Studio aufnehmen durften. Daraus entstand ein gemeinsamer Sampler, auf dem zusätzlich noch drei Songs bereits etablierter Bands zu finden sind. Als Gegenoffensive zur »Schulhof-CD« der NPD verteilen die Initiatoren in Schulen, Jugendzentren und bei Konzerten insgesamt 3.000 Exemplare des »Soundwahl«-Samplers.

Seit Mai 2009 findet zusätzlich eine Konzerttournee mit den beteiligten Künstlern statt, vorerst nur durch Brandenburg. Doch die Nachfrage nach weiteren Gigs ist enorm – über Brandenburg hinaus. Förderer von Soundwahl ist die stern-Aktion »Mut gegen rechte Gewalt«, die auch die Anschaffung der mobilen Bühne und viele Konzerte des Startrucks unterstützte. Durch die KMA wird ein wichtiger Beitrag zur demokratischen Sensibilisierung junger Menschen geleistet, welchen Sie mit Spenden auch weiterhin unterstützen können.

Jan Schwab



Gelungene Projekte gegen Alltagsrassismus

Die Amadeu Antonio Stiftung fördert Initiativen und Projekte für Demokratie und gegen Rechts-Extremismus, Rassismus und Antisemitismus. Drei Beispiele für Engagement, das Mut macht.

2009 hat die Amadeu Antonio Stiftung bislang 35 Initiativen und Projekte für Demokratie und gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus gefördert (Stand: Ende Juni 2009). Die Ansätze und Methoden dieser Projekte sind äußerst vielfältig. Das Gallus Zentrum in Frankfurt am Main macht beispielsweise »Handyvideos gegen Rassismus«. Jugendliche beschäftigen sich so über ihr Lieblingsmedium mit Gewalt, Anerkennung und Rassismus. Dabei können sie selbst kreativ werden und außerhalb des Klassenzimmers ihre künstlerischen Fähigkeiten ausprobieren. »Ein Filmprojekt mit Handys, das ist neu und hat uns deshalb ganz besonders gereizt«, sagt die freie Medienpädagogin und Filmemacherin Sabine Hoffmann, die das Projekt im

Gallus Zentrum leitet. Mit alltäglichem Rassismus setzt sich die Mobile Opferberatung in Magdeburg auseinander. Während in Zeitungen, Fernsehen und Radio regelmäßig über Gewaltexzesse von Neonazis gegen Migranten und Andersdenkende berichtet wird, bleibt das Thema Alltagsrassismus, der seinen Ursprung in der Mitte der Gesellschaft hat, allzu häufig außen vor. Eine Konferenz unter dem Titel »Let's talk about Rassismus« ließ daher Menschen zu Wort kommen, die alltäglich aufgrund ihrer Hautfarbe oder ihrer Herkunft mit rassistischen Aussagen konfrontiert werden. Durch die Annahme, dass Deutsche nicht auch schwarz sein können, entsteht ein grundsätzlicher Ausschluss aus dem »weißen« Kollektiv. Eine Frau, die nicht weiß ist, aber trotzdem seit ihrer Geburt in Deutschland lebt und auch die deutsche Staatsbürgerschaft hat, wird durch die Frage »Wo kommen Sie denn eigentlich her?« oder durch die Feststellung »Sie sprechen aber gut Deutsch« prinzipiell ausgeschlossen.

Oft bleibt es jedoch nicht bei solchen Worten. In Weimar zum Beispiel versuchten rund 30 bewaffnete Neonazis im Frühjahr 2008, in ein soziokulturelles Zentrum einzudringen, dessen Mitglieder sich gegen Rechts-Extremismus engagieren. Dabei verletzten sie zwei Besucher so schwer, dass diese im Krankenhaus behandelt werden mussten. Kein Einzelfall in Weimar und Umgebung – hier kommt es regelmäßig zu Übergriffen auf nicht-rechte Jugendliche. Um die jungen Menschen nicht allein zu lassen bei ihrem mühsamen Kampf gegen Rechtsextremismus, organisierte der Verein Bildungskollektiv Biko e.V. aus Erfurt eine Workshopreihe, um die Engagierten im Weimarer Land besser zu vernetzen.

Jan Schwab

**Spenden Sie für Mut gegen rechte Gewalt:
Amadeu Antonio Stiftung
Deutsche Bank Bensheim
Konto 030331329, BLZ 509 700 04**

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

FRÜH

FÜR NEONAZIS

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

INTERVIEW

EXIT hilft weiter



Neonazis treten wieder zahlreicher, drohender und gewalttätiger auf. Wer hilft ihnen aus ihrer Verblendung wieder heraus? Das bislang erfolgreichste Aussteigerprojekt ist seit neun Jahren EXIT. Die Aussteigerhilfe bangte zum Jahreswechsel um ihre Existenz. Im Oktober und November 2008 spendeten Leserinnen und Leser der *stern*-Aktion »Mut gegen rechte Gewalt« mehr als 80.000 Euro, erst dadurch wurden mehrere öffentliche Zuschüsse in Aussicht gestellt. Wie geht es jetzt weiter? Dazu vier Fragen an EXIT-Leiter Bernd Wagner. Und ein Dank an die Unterstützer!

Können sich denn Aussteigewillige inzwischen wieder bei EXIT melden?

Ausstiegswillige melden sich unabhängig von den guten oder schlechten Wasserstandmeldungen zu EXIT. Es hat sich rumgesprochen, dass es soliden Rat gibt und wenn machbar auch tragfähige Hilfe. Probleme gibt es diesbezüglich allerdings mit deutschen Polizeien, die wenig Schutzwillen zeigen. Hier wäre ein Sonderprogramm gut, besonders für höhere Führer.

Ist der Ausstieg aus der Naziszene inzwischen einfacher, als noch vor fünf Jahren?

Natürlich ist es grundsätzlich möglich, rechtsextreme Gruppen oder Parteien alleine zu verlassen. Das trifft aber lange nicht auf alle zu. Häufig ist der Druck sehr groß. Da muss dann Hilfe her. Für die Fälle sind wir da. Es handelt sich nicht vorrangig um Mitläufer, die bei uns um Hilfe nachfragen. Kommen »Kombinationskriminelle«, also Leute die klassische und rechts-extreme Straftaten begangen haben, werden sie nicht abgewiesen, wenn sie den Willen haben, diesen Pfad zu verlassen. Im Vergleich zu vor 10 Jahren sehe ich bei den Aussteigewilligen einen größeren Ernst an ihrem neuen Leben zu arbeiten. Da lohnt es sich zu helfen.

Steht EXIT erst einmal auf finanziell sicheren Beinen?

Die Lage ist seit mehr als neun Jahren unverändert: immer angespannt.

Wer hat Sie denn in aller Not dabei am meisten unterstützt?

Am meisten unterstützt haben uns die spendenden Leserinnen und Leser vom *stern*. Herzlichen Dank dafür. Geholfen haben uns aber auch junge Leute, die in ihrer Schule, in der Freizeiteinrichtung oder in der Firma was für EXIT auf die Beine gestellt haben. Das hat uns total ermutigt. Wichtig war die Unterstützung einiger Bundestagsabgeordneter. Ohne kluge und mutige Beamte in Behörden hätten wir unsere Aufgaben nicht bewältigen können. Ihnen auch einen großen Dank.

Das Interview führte Holger Kulick



Ausstiegsprogramme für Frauen und Mütter gefordert

Zu einer Tagung über Frauen und Rechtsextremismus hatte im Mai »Lola für Lulu – Frauen für Demokratie im Landkreis Ludwigslust« eingeladen. Expertinnen und Experten aus der Projektarbeit und Politik diskutierten in Berlin über Herausforderungen, die sich für zivilgesellschaftliches und politisches Handeln angesichts der zunehmenden Aktivitäten von Frauen in der rechtsextremen Szene ergeben.

»In der Arbeit gegen Rechtsextremismus haben wir die Gender-Perspektive immer im Blick,« so Anne-Rose Wergin, die das Lola-Projekt in Ludwigslust leitet. Es wird danach gefragt, was Mädchen und Jungen an traditionellen Männer-, Frauen- und Familienbildern, die in der rechtsextremen Szene dominieren, fasziniert und welche Vorteile sie daraus ziehen. Aber auch sexistische Ideologien, die sich in der Mitte der Gesellschaft finden lassen und Überschneidungen mit traditionellen Vorstellungen von Geschlechterrollen in der rechtsextremen Szene aufweisen, geraten kritisch in den Blick. Das Projekt »Lola für Lulu« der Amadeu Antonio Stiftung fördert und unterstützt deshalb Frauen, die sich in der Kommunalpolitik für demokratische Kultur engagieren und Rechtsextremismus in der Kommune begegnen.

Das Projekt bietet berufsgruppenspezifische Fortbildungen an: Hebammen, Erzieherinnen und Erzieher sowie Familienhelferinnen und -helfer werden unterstützt, rechtsextreme Familien mit ihrer Ideologie wahrzunehmen und Umgangsweisen mit der Problematik zu entwickeln. Das betrifft insbesondere die Kindeswohlgefährdung in rechtsextremen Familien. Anetta Kahane, die Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung, fordert deshalb, dass es Richtlinien für die professionelle Beratung und Begleitung in Sozial- und Jugendämtern, für Pädagoginnen und Pädagogen sowie Hebammen gibt, um zu wissen was zu tun ist, wenn Kinder in rechtsextremen Familien aufwachsen. Denn »wenn Kinder zu Rassisten, zu Antisemiten und zur Menschenfeindlichkeit erzogen werden, geht das alle Bürger, aber eben auch den Staat an«, so Kahane. Dr. Esther Lehnert vom Mobilien Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Berlin fordert deshalb, dass genderreflektierende Ansätze sowohl in der präventiven Arbeit und in der Intervention gegen Rechtsextremismus, insbesondere in der Jugendarbeit, Einzug halten. Es sei unabdingbar, dass Jugendpädagoginnen und pädagogen die Verbindung traditioneller Vorstellungen von Geschlechterrollen mit rechtsextremen Ideologien im

Blick haben: »Boxtrainings für Jungen anzubieten und zu erwarten, dass sie auf diesem Wege rechtsextreme Einstellungen relativieren, ist zu kurz gedacht. Ebenso wichtig ist es, rassistische und/oder rechtsextreme Äußerungen von Mädchen als solche wahrzunehmen und anzuerkennen, dass Mädchen und junge Frauen über politische Meinungen verfügen.«

Tanja Privenau, die prominenteste Aussteigerin aus der rechtsextremen Szene, machte auf die Situation von Frauen, die aussteigen wollen, aufmerksam. Es gibt einen dringenden Bedarf, Ausstiegsprogramme geschlechtsspezifisch zu gestalten: »Bislang entscheiden sich viele Frauen mit Kindern gegen einen Ausstieg, weil sie sich vom Verfassungsschutz unzureichend beschützt fühlen. Ausstiegsprogramme müssen auf den spezifischen Bedarf von Frauen und Müttern reagieren.«

Heike Radvan



Ise Bosch von der Dreilinden gGmbH begrüßt zur Tagung »Frauen und Rechtsextremismus« im Zentrum Judaicum, Berlin.





Tibor Sturm gibt Schulworkshops gegen Rassismus.

»Ich lasse mich nicht unterkriegen«

Im Dezember 2005 überfielen sechs Neonazis den Rapper Tibor Sturm alias Quiet Storm. Weil er sein Leben verteidigte und dabei einen der Angreifer schwer verletzte, wurde er wegen »extensiver Notwehr« zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Den Angreifern wurde bis heute nicht der Prozess gemacht.

Vor gut drei Monaten bist Du aus dem Gefängnis entlassen worden. Was hat sich seither getan?

Mein Leben drehte sich um 180 Grad. Kurz nach meiner Entlassung versuchte ich alles, was ich glaubte verpasst zu haben, auf der Überholspur nachzuholen. Dann fing die Tour meines Filmes »Lebe deinen Alptraum« auf Filmfestivals in Deutschland an. Als ich dazu zum »Black History Month« nach Berlin kam, holte mich meine Vergangenheit ein. Ich bekam täglich Morddrohungen per Telefon von bayrischen Nazis, die meinen Wohnort kannten. Wie kann das sein? Ich beschloss in Berlin zu bleiben und wehmütig Freunde, Familie und das gewohnte Umfeld zu verlassen. In Berlin habe ich dann Unterstützung von der Amadeu Antonio Stiftung erhalten.

Wie hast Du Dich im Gefängnis gefühlt?

An meinem ersten Tag als Koch der JVA verweigerten beispielsweise zehn Insassen das Essen und aufgrund der »N-Wort-Witze« konnte ich mich selbst im Gefängnis nur eingeschränkt bewegen. So habe ich meine ganz eigene No-go-Area gehabt. Von den Beamten kam keinerlei Hilfe.

Wie gehst du mit diesen Erlebnissen um?

Teilweise lache ich noch über manche Erlebnisse, aber größtenteils bin ich traurig. Traurig über die verlorene

Zeit meines Lebens. Traurig auch darüber, dass die Täter bis jetzt noch nicht belangt worden sind.

Was hältst du davon, dass Menschen wegen Notwehr in solchen Situation verurteilt werden?

Das finde ich grenzwertig. Man stelle sich vor, eine wegen Notwehrexzess verurteilte Person kommt noch mal in eine lebensbedrohliche Situation und überlegt dann genau den Moment, ob und falls ja wie er oder sie sich verteidigen sollte, zu lange.

Du engagierst dich auch gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Warum hast du diesen offensiven Weg der Auseinandersetzung gesucht?

Ich hatte die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten. Entweder begeben mich in die »Opferrolle« und verstecke mich vor Nazis, oder ich gehe – wie viele andere vor mir – mit Elan voran und zeige, dass ich hinter dem stehe, was ich sage: Ich lasse mich nicht unterkriegen. Ich kämpfe weiter gegen Rechtsextremismus und Rassismus in diesem, meinem Geburtsland. Ich habe keine Lust mich in dem Land, in dem ich geboren, aufgewachsen, zur Schule und Universität gegangen bin und mein restliches Leben verbringen möchte, einsperren zu lassen. Ich bin ein schwarzer deutscher Bürger und schäme mich nicht dafür. Durch meine Arbeit in Workshops und Seminaren gegen Rechtsextremismus und Rassismus habe ich die Chance, dort entgegenzuwirken, wo die Nazi-Ideologie ansetzen will: bei Jugendlichen. Wenn ich sehe, wie positiv die Workshops aufgenommen werden und wie interessiert die Teilnehmenden mitarbeiten, dann bin ich glücklich darüber, mich nicht versteckt zu haben.

Das Interview führte Nora Winter

Hilfe bei Fäusten, Tritten und Hundebissen

Der Opferfonds CURA arbeitet eng mit den lokalen Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt zusammen. Zwei besonders dramatische Fälle der Opferberatung der RAA Leipzig e.V. können nur erahnen lassen, welcher Brutalität und Entschlossenheit viele Opfer ausgeliefert sind.

Der rassistische Überfall auf Familie P. ist eines der brutalsten Beispiele, bei dem Mutter, Vater und ein Sohn dem ungezügelten Hass ihrer Täter ausgesetzt waren. Als das Ehepaar P. mit seinen drei Kindern die Einkäufe nach Hause brachte, wurden sie plötzlich von zwei Angetrunkenen mit »...ihr verfluchten Fidschis« und »Scheiß Japse« beschimpft. Die Täter skandierten mehrmals »Sieg Heil« und hoben dabei den Arm zum Hitlergruß. Als Herr P. und sein ältester Sohn versuchten, die Angreifer aus ihrem Haus zu drängen, hetzten diese ihren Hund auf Herrn P., der ihn in den Oberschenkel und die Hüfte biss. Dabei schlugen die Männer auf ihn ein. Frau P. packten sie an ihren Haaren und schleiften sie so aus dem Haus, wo sie ihren Bauch und Oberkörper mit Schlägen traktierten. Auch der älteste Sohn wurde brutal angegriffen, wobei immer wieder Parolen wie »Deutschland den Deutschen« und »Sieg Heil« gerufen wurde. Als Herr P. endlich die Polizei rufen konnte, wurden die Täter schnell gefasst. Das Ehepaar erlitt durch den Angriff mehrere schwere Verletzungen und leidet bis heute unter starken Angstzuständen. Beide konnten über Monate nicht ihrer Arbeit nachgehen, weswegen Herr P. seine langjährige Arbeitsstelle verlor. Die Amadeu Antonio Stiftung unterstützte mit dem Opferfonds CURA die Familie mit einer ersten Spende, um den Verdienstausfall zu mildern.

IHR ZEICHEN GEGEN RECHTE GEWALT!
OPFERFONDS CURA DER AMADEU ANTONIO STIFTUNG
DEUTSCHE BANK
KONTO: 030 331 331
BLZ: 509 700 04

Wenn der Mitbewohner zum Täter wird

Ein anderes Beispiel ist A., der in der eigenen Wohnung homophoben Beschimpfungen und Gewalt ausgesetzt war. Doch er ließ sich nicht unterkriegen, erstattete Anzeige und kündigte das Mietverhältnis. Daraufhin wurde er abermals von den Tätern gewalttätig angegriffen und bedroht. Seit diesem Übergriff leidet er unter massiven psychosozialen und körperlichen Folgen sowie einer ausgeprägten, behandlungsbedürftigen posttraumatischen Belastungsstörung. Er musste sogar die Stadt verlassen und anschließend aufgrund von erneuter Bedrohung durch die Täter abermals den Wohnort wechseln. Nach den notwendigen Umzügen des Betroffenen und dem Verlust seines Minijobs in Folge der Tat verschuldete sich Herr A. zudem. Zusammen mit der Opferberatung stellte er deshalb einen Antrag auf finanzielle Unterstützung aus dem Opferfonds Cura der Amadeu Antonio Stiftung und erhielt einen Betrag als Hilfe zur Überwindung seiner existenziellen Notsituation.

Die Opferberatung der RAA Leipzig e.V. unterstützt seit dem Jahr 2000 Opfer insbesondere rechtsextremistischer und rassistischer Vorfälle. Der Opferfonds CURA der Amadeu Antonio Stiftung unterstützt die lokale Beratungsarbeit und die betreuten Opfer.

Diana Eichborn, Opferberatung der RAA Leipzig e.V.

IMPRESSUM

Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung, Linienstraße 139, 10115 Berlin
 Redaktion: Sebastian Brux, Verena Haßler, Martin Hünemann, Nora Winter.
 Mitarbeit: Andrés Nader, Anetta Kahane (V.i.S.d.P.), André Koch, Holger Kulick, Heike Radvan, Simone Rafael, Timo Reinfrank, Jan Schwab.
 Gestaltung: Design, Berlin
 Druck: Ratzlow Druck, Berlin
 © Amadeu Antonio Stiftung, August 2009

25-Jahre »Lokale Lernkultur gestalten« – Herzlichen Glückwunsch der Freudenberg Stiftung

»Keine andere Stiftung steht so für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit in der Welt der Stiftungen, wie die Freudenberg Stiftung«, so Anetta Kahane anlässlich des 25jährigen Stiftungsjubiläums. Mit der Gründung und Übertragung des Modells der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Demokratie und Integration (RAA) in 47 Städten, hat die Freudenberg Stiftung in den Bereichen Integrationsgesellschaft, Jugendliche zwischen

Schule und Beruf und demokratische Kultur entscheidende Schwerpunkte in der deutschen Schulentwicklung gesetzt. In den Jahren der Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen, Kommunen und anderen Stiftungen sind neben den RAA viele Ansätze entstanden, die bundesweite Verbreitung gefunden haben. Beispiele sind die Schulvorbereitung für Mütter und Kinder, Interkulturelle Schülerclubs oder »Lernen durch Engage-

ment«. Ebenso hat sich die Freudenberg Stiftung von Anfang an überregional und europäisch engagiert: z. B. durch die Civis Medienpreise, Bildungsförderung von Roma oder bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus. Auch die Amadeu Antonio Stiftung wäre ohne das Engagement der Freudenberg Stiftung nicht gegründet worden.

Timo Reinfrank

NPD im Superwahljahr Wie und wo Nazis zur Wahl antreten und was dagegen passiert



NPD-Wahlkampfauftakt in Dresden am 14. Februar 2009: 6.000 Neonazis nahmen am bis dahin größten Neonaziaufmarsch in der Geschichte der Bundesrepublik teil. Die Amadeu Antonio Stiftung war Teil des Gegenbündnisses GEH DENKEN, an dessen Demonstration über 12.000 Menschen teilnahmen. Foto: netz-gegen-nazis.de

Die NPD ist trotz dauernder Verbotsdiskussion und Finanzdebakel allerorten durch ihre kommunale Verankerung besser aufgestellt als jemals zuvor seit der Wiedervereinigung.

Bei den Kommunalwahlen am 7. Juni 2009 in Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen hat die rechtsextreme NPD trotz niedriger Wahlbeteiligung keine spektakulären Erfolge erzielen können. Sie erreichte im Landesschnitt nirgendwo mehr als 3,2 Prozent der Wählerstimmen. Dies ist auch ein Erfolg des Engagements gegen Rechtsextremismus, wie es die Amadeu Antonio Stiftung gerade im »Superwahljahr« 2009 unterstützt. Das Problem zeigt sich aber im Detail. Mit den Kommunalwahlen konnte die

rechtsextreme Szene deutschlandweit ihre Mandate von 611 auf 660 Mandate steigern. Die NPD-Strategie der kommunalen Verankerung funktioniert. Die neonazistische Partei erzielt lokal erschreckende Ergebnisse. Im Uecker-Randow-Kreis und Ostvorpommern hat sie es offensichtlich geschafft, mit ihrer menschenverachtenden Ideologie Teil der Normalität zu werden, und kam mehrfach auf über 20 Prozent der Stimmen, oft vor der SPD. In Thüringen erhielt die NPD in jedem Wahlkreis Mandate, in dem sie sich zur Wahl stellte. In Sachsen erreichte die NPD zwar nicht die angestrebten 100 Mandate - es wurden aber immer noch 72. Und im Spätsommer stehen fünf weitere Landtagswahlen und die Bundestagswahl an.

Grund genug für Demokraten, engagiert für ihre Sache zu werben. In Thüringen gibt es die Aktion »Deine

Stimme gegen Nazis« und »Kein Ort für Neonazis in Thüringen«, in Sachsen-Anhalt heißt sie »Keine Stimme für Nazis«, in Sachsen »Meine Stimme gegen Nazis«. Neben diesen Aufrufen für kluge Wahlbeteiligung sind Aktionen vor Ort gefragt: Veranstalter und Journalisten sollten NPD & Co. kein Podium für Hetze geben, demokratische Politiker geschlossen und begründet gegen die NPD auftreten. Demokraten dürfen Parteien wie die NPD, die die Demokratie und Meinungsfreiheit abschaffen wollen, nicht tolerieren und im Wahlkampf keinen Auftritt dieser Parteien unbeantwortet lassen. Aktionen, wie sie die Amadeu Antonio Stiftung unter dem Motto »Kein Ort für Neonazis in Thüringen« fördert. Damit Hetze nicht unwidersprochen bleibt und deutlich wird: Demokratie hat die besseren Argumente und Ideen.

Simone Rafael

DIE STIFTUNG IM WEB 2.0

Facebook, Myspace, Youtube und Twitter. Werden Sie Fan, Freund oder Follower!
www.facebook.com/AmadeuAntonioStiftung, twitter.com/AmadeuAntonio,
www.myspace.com/AmadeuAntonioStiftung, www.youtube.com/AmadeuAntonioFound

Bild: Matt Hamm (Lizenz: Creative Commons)



Warum engagieren sich Neonazis gegen »Kinderschänder«?



Wo ein Kind Opfer einer Sexualstraftat wird, stehen schnell Neonazis auf der Straße und fordern die »Todesstrafe für Kinderschänder«. Fast jede Nazi-Band hat das Thema im Repertoire, es gibt Motto-T-Shirts und Aktionen. Mit Kinderschutz hat das wenig zu tun.

Kaum ein Verbrechen wird so eindeutig moralisch verurteilt wie sexuelle Gewalt an Kindern. Die Rechtsextremen wissen: Wenn sie die ablehnen, ist ihnen die Zustimmung der Bevölkerung sicher. Deshalb gehen sie auf die Straße: Sie wollen sich als sympathische Alternative präsentieren, greifen Zorn und Trauer der Menschen auf.

Schnell zeigt sich, wofür die Neonazis wirklich stehen: Rassismus (Schutz gilt nur für deutsche Kinder), völkisches Denken (Kinder sind wichtig für den »Rassenerhalt«), Stimmungsmache gegen das »System« (Polizei tut nichts, deshalb muss das »System gestürzt« werden), Hetze gegen die moderne Gesellschaft (Individualismus, Kapitalismus, Toleranz sind schuld), Law-and-Order-Logik (Menschenleben ist nichts wert, Mord als einfache Lösung), Freude an Gewaltverherrlichung (in den Songtexten bei den Schilderungen der Taten und der »Vergeltungsschläge«). »Der schwarze Orden« singt: »Die Seele des Mädchens ist gebrochen / es wird von Psychologen gesprochen / doch Psychologen brauchen wir nicht / denn bald halten wir, wir Gericht«. Dank Todesstrafe brauchen die Opfer keine Betreuung mehr? Um das Wohl der Kinder geht es den Rechtsextremen am allerwenigsten, wenn sie »Todesstrafe für Kinderschänder« fordern.

Um diese Intentionen der Neonazis publik zu machen, fördert die Amadeu Antonio Stiftung die sächsische Broschüre »Todesstrafe für Kinderschänder? Der Missbrauch des Themas sexualisierte Gewalt an Kindern durch moderne Nazis« von Shukura e.V. – Mobiles Team zur Prävention sexuellen Missbrauchs an Jungen und Mädchen, welche mit Ihren Spendengeldern finanziert wurde. Sie tragen also auch Ihren Teil dazu bei, rechtsextremer Dominanz entgegen zu treten.

Simone Rafael

Rassismus kommt selten allein

Ein Bremer Schulprojekt zeigt, wie sich Jugendliche mit allen Formen der Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Homophobie, Antisemitismus oder Islamfeindschaft auseinandersetzen und so eine Kultur der Anerkennung kennenlernen.

»Wir wollten das Problem an der Wurzel packen«, so Frank Sobich und Tim van Oehsen. Sie sind Referendare im Bremer Schulzentrum Blumenthal. Nachdem 2007 in Mügeln ein rassistischer Mob Migranten durch die Straßen hetzte, stellten sie erschrocken fest, dass auch ihre Schüler nicht vor problematischen Einstellungen gefeit waren. Doch was, so die Überlegung der beiden Kollegen, würde es bringen, wenn die Schüler sich mit Rassismus auseinandersetzen, gleichzeitig aber andere Formen der Diskriminierung nicht wahrnehmen? Oder wenn es zwar keine rassistischen Beleidigungen mehr gäbe unter den Jugendlichen, dafür aber antisemitische? Sobich und von Oehsen setzten sich mit der Amadeu Antonio Stiftung in Verbindung, die kurz zuvor zusammen mit der Freudenberg Stiftung das Netzwerk »Living Equality« aus der Taufe gehoben hatte. Dieses in Deutschland einmalige Projekt, gefördert durch die Freudenberg Stiftung und die Ford Foundation, will alle Formen der Diskriminierung gleichermaßen auf die Agenda setzen und somit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit allgemein entgegen wirken. Die Idee für ein neues Schulprojekt in Bremen war geboren.

Der Schlüssel ist Anerkennung

Studien belegen, dass gerade diejenigen Menschen anfällig für feindselige Ideologien sind, die selbst zu wenig Anerkennung erfahren. Will heißen: Wenn ein Junge mit türkischem Background ständig zu spüren bekommt, dass er von der deutschen Mehrheitsgesell-

schaft als minderwertig angesehen wird, leidet sein Selbstbewusstsein – möglicherweise so sehr, dass er, um sich selbst aufzuwerten, anfängt, seine Mitschüler zu beschimpfen. Die Schlüssel zu einer erfolgreichen Bekämpfung von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit heißen Anerkennung und Menschenrechtsbildung. Leider sucht man auf den deutschen Lehrplänen solche Projekte vergeblich. Umso wichtiger, dass auch die Teilnehmer der Politik-Grundkurse in Blumenthal Initiative ergreifen. Die Jugendlichen entschieden sich für eine selbst konzipierte Ausstellung. So interviewten sie z. B. Muslime und Juden, um mehr über deren Lebensumstände in Deutschland zu erfahren. Im Laufe des Projektes entstand nicht nur eine Ausstellung, sondern auch ein selbst gedrehter Film. Bei den Vorbereitungen wurde deutlich, dass bei vielen Schülern nur wenig Wissen zu den einzelnen diskriminierten Gruppen vorhanden war. »Wir mussten im Arbeitsprozess immer wieder einen Schritt zurück gehen und erst einmal klären, was Judentum oder Islam überhaupt bedeuten«, erklärt von Oehsen. Auch dem Thema Homosexualität mussten sich die Schüler stellen. Die Abwertung aufgrund der sexuellen Orientierung wollten die Kursleiter nicht außen vor lassen. Jetzt können die Schüler auch über Lesben und Schwule reden, ohne dabei rot im Gesicht zu werden.

Positive Wirkung auf Unterrichtsklima

Hat das Projekt dauerhaft etwas gebracht? »Auf jeden Fall«, antwortet Tim von Oehsen. »Die gemeinsame Auseinandersetzung mit Diskriminierung hat sich positiv auf das Unterrichtsklima ausgewirkt.« Die Schüler hätten ein stärkeres politisches Bewusstsein für die verschiedenen Formen der Diskriminierung entwickelt.

Ein erfreulicher Lerneffekt für alle Beteiligten, der durch ein herkömmliches Antirassismus-Projekt so nicht erreicht worden wäre. Neben den Schülern hat sich auch die ganze Schule geändert. Viele nehmen in ihrer Umgebung nun Probleme wahr, die sie vorher nicht gesehen haben. Die AG »Politik-Geschichte« engagiert sich jetzt nicht nur an der Schule, sondern auch im Stadtteil gegen Menschenfeindlichkeit. Mit Hilfe der Förderung aus dem Projektnetzwerk »Living Equality« haben sie nun ein Stadtteilprojekt gegen Rassismus ins Leben gerufen. Jetzt gehen die Schüler des Oberstufenzentrums Bremen-Blumenthal in die Kindergärten der Umgebung, um Geschichten von Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung zu erzählen und zu diskutieren. Ebenso bringen sie ein selbst geschriebenes Theaterstück zum Thema auf die Bühne ihrer Schule.

Jan Schwab



3. SEPTEMBER: 100 Tage nach den Kommunalwahlen

Unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses, Walter Momper, laden wir Sie zu einer Podiumsdiskussion über Handlungsstrategien gegen Rechtsextreme in kommunalen Gremien am 3. September 2009 ab 19.00 Uhr in das Centrum Judaicum (Berlin-Mitte) ein. Mehr erfahren Sie auf der Website www.vdk-berlin.de

5. SEPTEMBER Sachsen: Einmischen gegen Rechtsextremismus erwünscht!

20 Jahre nach dem Fall der Mauer steht die Bundesrepublik vor großen gesellschaftlichen Herausforderungen. Die Wertschätzung der 1989 erstrittenen Grundrechte wie Freiheit, Menschenwürde und politische Mitsprache, nimmt stetig ab. Das Kulturbüro Sachsen und die Amadeu Antonio Stiftung veranstalten zusammen mit dem Toleranten Sachsen e.V. am 5. September 2009 im Stadtteilhaus »EMMERS«, Bürgerstrasse 68 in Dresden-Pieschen die erste Konferenz sächsischer Bürgerinitiativen. Thema: 20 Jahre zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie und Menschenrechte.

6. SEPTEMBER:

»Nazis aus dem Takt bringen«

Frank Walter Steinmeier, Bundesaußenminister, hat eine klare Vorstellung, was er mit dem deutschlandweiten Bandwettbewerb »Nazis aus dem Takt bringen« verbindet: »Wir wollen die Demokratie stark machen. Mit einem Wettbewerb für junge Bands, die eine klare Botschaft haben: Rechtsextremismus hat bei uns keinen Platz!« 31 Initiativen, darunter die Amadeu Antonio Stiftung und die *stern*-Aktion »Mut gegen rechte Gewalt« machen mit. Das Gewinnerkonzert findet u.a. mit The BossHoss am 6. September in Berlin statt.

10. SEPTEMBER 2009:

Runde Tische beim Forum Bürgerstiftungen Ost

»Runde Tische« ist das diesjährige Thema des Forums Bürgerstiftungen Ost, zu dem die Amadeu Antonio Stiftung gemeinsam mit der Aktiven Bürgerschaft e.V. am 10. September 2009 ab 13.00 Uhr in die Amadeu Antonio Stiftung einlädt. Das Forum bietet jedes Jahr für ostdeutsche Bürgerstiftungen und Gründungsinitiativen die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch. Besonderer Gast ist dieses Jahr der Ostbeauftragte der Bundesregierung Wolfgang Tiefensee, der mit den anwesenden Bürgerstiftungen über die Traditionen der ostdeutschen Bürgerbewegung und die aktuelle Arbeit von Bürgerstiftungen diskutieren wird. »Runde Tische« kommen bei Bürgerstiftungen nicht erst wieder durch das Wendejubiläum in Mode. Bürgerstiftungen nutzen sie bereits jetzt als Lösungsansatz für aktuelle Problemlagen. Die Bürgerstiftung Stuttgart und die Bürgerstiftung Barnim-Uckermark werden dazu ihre aktuellen Projekte vorstellen.

11. bis 13. SEPTEMBER: Vereint gegen Rechtsextremismus in Ost und West

Zur besseren Vernetzung von Projekten und Initiativen in der Bundesrepublik lädt die Amadeu Antonio Stiftung in Kooperation mit der Theodor-Heuss-Akademie vom 11. bis 13. September zu einem gemeinsamen Seminar nach Gummersbach ein. Mehr erfahren Sie auf www.amadeu-antonio-stiftung.de/termine/

9. OKTOBER:

Thüringen: Kein Ort für Neonazis

In Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Thüringen diskutiert die Amadeu Antonio Stiftung »Rechtsextremismusbekämpfung in Thüringen – eine Aufgabe von Zivilgesellschaft und Staat« am 9. Oktober 2009 in Gera.

9. NOVEMBER: Demokratisches Sachsen wird belohnt

Auch 2009 belohnt der Sächsische Förderpreis für Demokratie Initiativen und Projekte, die sich gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus stark machen. Die Preisverleihung findet am 9. November 2009 in der Unterkirche der Dresdner Frauenkirche statt. Auch 2009 werden zwei Preise in Höhe von jeweils 15.000 Euro vergeben. Der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich hat die Schirmherrschaft des Förderpreises übernommen und stiftet einen Sonderpreis in Höhe von 15.000 Euro. Initiatoren sind die Kulturstiftung Dresden der Dresdner Bank, die Stiftung Frauenkirche Dresden, die Freudenberg Stiftung und die Amadeu Antonio Stiftung. Die Preisverleihung findet am 9. November 2009 in der Unterkirche der Dresdner Frauenkirche statt.

9. NOVEMBER: Aktionswochen gegen Antisemitismus 2009

Ob Schändungen, -Parolen oder Übergriffe: die Anzahl antisemitischer Straf- und Gewalttaten reißt nicht ab. Viele Vorfälle werden gar nicht bekannt, sind nicht Sache der Justiz. Dabei prägen sie das gesellschaftliche Klima. Um dafür Aufmerksamkeit zu schaffen, initiiert die Amadeu Antonio Stiftung in diesem Jahr zum 6. Mal rund um den 9. November die bundesweiten Aktionswochen gegen Antisemitismus 2009. Mit den Aktionswochen machen zahlreiche Initiativen und Gruppen mit verschiedenen Veranstaltungen auf historischen und aktuellen Antisemitismus aufmerksam. 2004 beteiligten sich 50 Gruppen, letztes Jahr waren es schon 400. Das Spektrum reichte von Lesungen und Filmvorführungen über Diskussionsrunden und Tagungen, bis hin zu Demonstrationen, Partys und Konzerten. Diesen Erfolg wollen wir dieses Jahr übertreffen! Wir laden Sie herzlich dazu ein, sich zu beteiligen. Für mehr Informationen: konstanze.ameer@amadeu-antonio-stiftung.de

20. NOVEMBER: Human Rights – Kinder haben Rechte

Es war ein historischer Moment: Am 20. November 1989 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Konvention über die Rechte des Kindes. Alle Kinder auf der Welt erhielten damit verbrieft Rechte – auf Bildung, Schutz und Beteiligung. Diese Kinderrechtskonvention feiert 2009 ihren 20. Geburtstag. Im Rahmen des Projektes »Kinderrechte in der Kommune« der Amadeu Antonio Stiftung finden am 20. November in Eberswalde und Hoyerswerda Geburtstagsveranstaltungen statt.

FRÜHJAHR 2010: 20 Jahre Zivilgesellschaftliches Engagement im Prenzlauer Berg

Schon in den 80er Jahren war der »Prenzl'berg« Ziel für DDR-Bürgerinnen und Bürger, die sich ein anderes Leben vorstellten. Umweltschutz, an den Bedürfnissen der Kinder orientierte Erziehung oder Gleichberechtigung der Ehepartner waren die Themen. Einige der Projekte und Initiativen von damals mündeten in Parteien und Bürgerbewegungen. Der unbedingte Wille, die Gesellschaft, in der sie leben, aktiv zu gestalten, ist bis heute geblieben und soll Thema einer Ausstellung der Bürgerstiftung Prenzlauer Berg werden, deren Trägerschaft die Amadeu Antonio Stiftung übernommen hat. Da das heutige zivilgesellschaftliche Engagement auch dem erfolgreichen Aufbegehren dieser Generation zu verdanken ist, setzt sich die Bürgerstiftung Prenzlauer Berg i.G. das Ziel, das Gedenken an diese Bewohner und Bewohnerinnen des Prenzlauer Bergs lebendig zu erhalten. Die Ausstellung wird im Frühjahr 2010 im Prenzlauer Berg-Museum eröffnet.